

09.01.2020

## **Offener Brief an Bundesaußenminister Heiko Maas und den Botschafter von Bosnien und Herzegowina Edin Dilberovic**

Sehr geehrter Herr Maas! Sehr geehrter Herr Dilberovic!

Die Bilder geflüchteter Menschen, die in Bosnien an der Grenze zu Kroatien schutzlos in der Kälte zu überleben versuchen, verstören uns.

Im Jahr 1992 nahmen Privatpersonen aus dem Kirchenkreis Erfurt für mehrere Jahre insgesamt 14 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien auf. Die Aufnehmenden mussten eine private Verpflichtungserklärung unterschreiben, was bedeutet, dass sie für Menschen, die sie vorher nicht kannten, für mehrere Jahre eine private Bürgschaft mit unkalkulierbarem Risiko übernommen haben.

Die Verpflichtungserklärung schloss ein: Wohnraum bereitstellen, Krankenversicherung und alle entstehenden Kosten übernehmen, sowie auch sämtliche Behördengänge zu begleiten.

Deshalb ist gerade für uns im Kirchenkreis Erfurt die Haltung der lokalen Bevölkerung schwer zu ertragen, die sich weigert, die durch die Schließung des Lagers Lipa durch die IOM (= Internationale Organisation für Migration) obdachlos gewordenen Menschen in ihrem Ort wohnen zu lassen. Wer dabei aber allein den Bewohner\_innen dieser Region die Schuld gibt, die sich durch die im Verhältnis große Zahl der Obdachsuchenden überfordert sehen, macht es sich zu leicht. Die dortigen Kommunen werden mit dieser Herausforderung allein gelassen.

Die Gelder der EU kommen kaum in dieser Grenzregion an. Hilfe leisten Organisationen aus der Zivilgesellschaft wie das Aachener Netzwerk <https://aachener-netzwerk.de> in Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation SOS Bihac <https://sos-bihac.org>. Sehr aufschlussreich ist dazu ein Film bei *arte* unter [www.arte.tv/de/videos/093707-001-A/re-der-helfer-von-bihac/](http://www.arte.tv/de/videos/093707-001-A/re-der-helfer-von-bihac/)

Das etwa 30 Mitarbeiter starke Team in Bihac arbeitet ehrenamtlich, ebenso wie die Mitarbeiter\_innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Finanziert wird diese Hilfe vor Ort durch Spenden. Hier wären Gelder aus der EU dringend nötig!

Der genannte Film bei *arte* nennt auch den menschenverachtenden Umgang der kroatischen Grenzpolizei mit den Asylsuchenden. Im Auftrag der EU, also auch in

unserem Auftrag, wehrt sie die Menschen ab, die überwiegend aus Pakistan, dem Iran, Irak, Afghanistan und Syrien kommen. Bei diesen sogenannten illegalen Pushbacks (= Zurücktreibungen) verprügeln die Polizisten die Schutzsuchenden, die schon auf EU Territorium gelangt sind, sie nehmen ihnen häufig die Kleidung bis auf die Unterwäsche ab, insbesondere die Schuhe und manchen ziehen sie sogar Zehennägel!

Dieser menschenverachtende Umgang im EU-Land Kroatien mit Asylsuchenden geschieht im Auftrag der EU, also auch im Auftrag Deutschlands. Das darf nicht sein.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung, sich nachdrücklich bei der EU-Kommission einzusetzen für

- Sofortige finanzielle Unterstützung der Stadt Bihac und des Kantons für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen.
- Die Aufnahme wenigstens von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in die Europäische Union. Deutschland kann hierbei ein Vorbild werden.
- Eine wirksame Kontrolle des Verbleibs der EU-Gelder, die nach Bosnien und Herzegowina fließen.
- Sofortige Beendigung der illegalen Pushbacks der Asylsuchenden durch den EU-Staat Kroatien, sowie unabhängige Ermittlungen gegenüber Mitgliedern der kroatischen Grenzpolizei, die die Asylsuchenden misshandeln.

Mit freundlichen Grüßen

**Spenden auf das Konto des Aachener Netzwerks**

**IBAN DE21 3905 0000 0000 3170 08**

**Stichwort „SOS Bihac“**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,

»Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass das Missachten der Menschenrechte, das Vorenthalten von medizinischer Versorgung, das Blockieren von Hilfe, der Entzug von menschenwürdigen Unterkünften oder unfaire Asylprozesse mit voller Absicht politisch herbeigeführt werden. Das Elend an den Außengrenzen hat nichts mit fehlendem Geld oder nicht vorhandener Infrastruktur zu tun.«

Das sind die Worte der Fotografin Alea Horst, die die pax christi Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ unterstützt hat. Sie hat auch in Bosnien fotografiert und das Elend der Menschen dort dokumentiert.

**pax christi Erding Dorfen ist seit den 80 er Jahren mit der Offenen Arbeit Erfurt verbunden. Wir unterstützen die Anliegen des Offenen Briefes vom 12.1.2021 bezüglich der unerträglichen Situation z.B. in Bihac.**

**Wir sehen es als unsere christliche Pflicht an, uns für eine Asylpolitik in Europa einzusetzen, die die Menschenrechte in vollem Umfang respektiert.**

**Daher schließen wir uns den Forderungen der Offenen Arbeit an:**

**„Der menschenverachtende Umgang im EU-Land Kroatien mit Asylsuchenden geschieht im Auftrag der EU, also auch im Auftrag Deutschlands. Das darf nicht sein.**

**Wir fordern von der deutschen Bundesregierung, sich nachdrücklich bei der EU-Kommission einzusetzen für**

- **Sofortige finanzielle Unterstützung der Stadt Bihac und des Kantons für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen**
- **Die Aufnahme wenigstens der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge in die Europäische Union. Deutschland kann hier Vorbild werden.**
- **Eine wirksame Kontrolle des Verbleibs der EU-Gelder, die nach Bosnien und Herzegowina fließen**
- **Sofortige Beendigung der illegalen Pushbacks der Asylsuchenden durch den EU-Staat Kroatien**
- **Unabhängige Ermittlungen gegenüber Mitgliedern der kroatischen Grenzpolizei, die Asylsuchende misshandeln.**

Hochachtungsvoll



Gesine Goetz pax christi Erding Dorfen

Sehr geehrte Frau Goetz,

vielen Dank für Ihren Brief an Bundesminister Maas, in dem Sie Ihre Sorge über die äußerst schwierige und angespannte humanitäre Lage an den europäischen Außengrenzen und insbesondere in Bosnien und Herzegowina zum Ausdruck bringen.

Die Bundesregierung teilt Ihre Sorge bezüglich der Lage der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in Bosnien und Herzegowina. Es ist dringend notwendig, dass für die betroffenen Menschen eine winterfeste Unterkunft sowie menschenwürdige Versorgung sichergestellt wird. Vor dem Hintergrund der aktuellen Kältewelle und schweren Schneefällen in Bosnien und Herzegowina benötigen die Menschen sofort umfassenden Schutz. Hierzu hat die EU Anfang des Jahres weitere 3,5 Mio. EUR für die unmittelbare Versorgung in und um das Camp Lipa bereitgestellt. Das Technische Hilfswerk (THW) steht zur sofortigen Unterstützung vor Ort bereit, in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der EU, der Regierung in Bosnien und Herzegowina, den örtlichen Behörden und der Deutschen Botschaft in Sarajewo. Das Auswärtige Amt hat dem THW dafür bereits im November Gelder zur Verfügung gestellt, mit denen es nun den Ausbau Lipas nach internationalen Standards unterstützen wird. Die Bundesregierung wird sich zudem weiterhin hochrangig gegenüber der Regierung Bosnien und Herzegowinas für Verbesserungen der Bedingungen für die Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten einsetzen, denn wir dürfen auch die Regierung und die Behörden in Bosnien und Herzegowina nicht aus der Verantwortung entlassen, ihre internationalen humanitären Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Bundesregierung sind Medienberichte und solche von Nichtregierungsorganisationen zu Vorwürfen eines möglichen Verstoßes gegen das Zurückweisungsverbot gegenüber Schutzsuchenden oder der Nichtachtung von Menschenrechten durch die HRV Polizei vor. Gemeinsam mit der Kommission und anderen EU-Partnern hat die Bundesregierung gegenüber Kroatien in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Einhaltung internationaler und europäischer Rechtsvorschriften betont. Wir begrüßen, dass die kroatische Ombudsfrau für Menschenrechte den Anschuldigungen nachgeht und erwarten Transparenz im Umgang mit den Ergebnissen ihrer Untersuchung.

Generell jedoch verdeutlicht die beständig schwierige Lage an den EU-Außengrenzen, dass wir dringend eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, sowohl in der fortwährenden Notsituation auf den griechischen Inseln und in Bosnien und Herzegowina, als auch langfristig in der Neuausrichtung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

Die Bundesregierung setzt sich daher weiter mit Nachdruck für ein, das Gemeinsame Europäische Asylsystem ambitioniert zu reformieren und ein faires, funktionsfähiges, effizientes und krisenfestes System zu schaffen, das insbesondere die Außengrenzstaaten nachhaltig entlastet, humanitären Standards gerecht wird und den europäischen Grundwerten genügt. Europa muss in der Lage sein, auch in Zukunft denjenigen, die dringend Schutz benötigen, Schutz zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

Max Breitling  
Auswärtiges Amt